

Berlin, Donnerstag,

den 3. Dezember 1908.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Bieteljährlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mt. Ostereich 13 Kr. 50 Sch., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gld. für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Gebund 20 Mt. für das Bieteljahr.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Verhandlungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Perforations-Listen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nebensagen.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restamtzeit 1 Mt.

Telegramm-Adresse: Börsenfrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37. Ausnahme der Inserate: In der Expedition.

Preis pro Nummer: Amt I, Nr. 243.

Vom Tage.

Finanzminister Frey von Rheinbaben empfing gestern Abend eine aus Industriellen-Kreisen gebildeten Interessengemeinschaft, die die Bedenken der Industrie gegen die geplante Gesellschaftsteuer vorlegte.

Die Zweite sächsische Kammer nahm gestern den Centralgesetzentwurf der Regierung in der Fassung der Mehrheit mit 40 gegen 37 Stimmen an.

Nach einem Telegramm aus Port au Prince empörte sich die Bevölkerung gegen die Regierung und setzte sich ohne Kampf in den Besitz der Stadt.

Die Reichspostverwaltung wird mit dem Generalpostmeister der Vereinigten Staaten von Amerika ein Uebereinkommen über die Einführung des 10 Pf.-Briefpostos vom 1. Januar 1909 abschließen.

Die Verfassungsanträge im Reichstage.

Der „kritische Mittwoch“ hat vorer, ohne daß es irgendwo eingeschlagen ist. Wer etwa von dem Tage, an dem die Reichstanzler- und Ministerverantwortlichkeits-Anträge zur Beratung gestellt waren, Sensationen erwartet hatte, wenn auch vielleicht nur das eine oder andere Spektakelstückchen, kam sicher nicht auf seine Kosten. Nicht einmal ein flüchtiger Ordnungsruf, geschweige denn deren drei auf eine und dieselbe rednerische Adresse, mit nachfolgender Wortentziehung, beunruhigten den ruhigen Verlauf der Verhandlungen. An Erfurten auf das heilige Gebiet des persönlichen Regiments mangelte es zwar nicht und konnte es natürlich nicht mangeln nach Lage der Dinge. Aber was darüber gesagt wurde, begrifflicherweise in der Hauptfrage von dem Vertreter der äußersten Linken, war in der Form so gehalten, daß es für ein prüfbares Eingreifen an einem zwingenden Anlasse vorläufig schon wohl oder übel damit vorlieb nehmen, mußte einmal wieder eine kleine Störung durch etwas zu laute und rücksichtslose Unterhaltungen entfallen, die sich gleich während der Darlegungen des ersten Redners aus dem Saale abspielten. Und zwar, wie wir als Chronisten ohne boshafte Hintergedanken zu registrieren haben, durch Unterhaltungen nicht etwa auf der bösen Journalistentribüne, sondern von einer und schreibt: Mitgliedern des Bundesrats in allerhöchster Nähe des Redners. Und daß es ausgerechnet der stimmföhrnde bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrate war, dem in erster Linie die nicht ausbleibende Nähe des in seinem Anspruch auf Aufmerksamkeit gekränkten Redners (auch eines Bayern!) galt, erhöht vielleicht noch den Reiz des kleinen Zwischenfalles.

Doch medias in res! Wenn sich der Gang der Verhandlungen so, möchte man sagen harmlos gestaltet, trug dazu wohl nicht zum wenigsten der Umstand bei, daß der Reichstanzler, der ja selbst von seinen Gegnern als „Diplomat“ durchaus gewürdigt wird, wenn sie auch über ihn als „Staatsmann“ anders denken, gleich zu Beginn der Verhandlungen für eine offizielle Erklärung der verbündeten Regierungen gefordert hatte, die auf die bewegten Wasser zweifellos Del ger. Den Wortlaut dieser Erklärung haben unsere Leser den im letzten Abendblatte gefunden. Aus ihr geht zwar hervor, daß die Regierungen vorerst Stellung zu der Frage rechtlicher, gesetzlicher Garantien für Verantwortlichkeit der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers noch nicht genommen haben, obwohl am Ende dazu Zeit und Gelegenheit genug vorhanden war. Aber die Erklärung läßt dabei nichts weniger als ein Entgegenkommen vermischen. Denn in ihr werden die Fragen, um die es sich bei den vorliegenden Anträgen handelt, als

in der Tat „bedeutungslos“ für die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres politischen Lebens“ anerkannt. Und wenn namentlich in den Schlussworten dieser von dem Staatssekretär v. Weismann-Holweg im Auftrage abgegebenen Erklärung der „Wert“ dokumentiert wird, den die Ansichten und Stimmungen des Reichstages als „Unterlagen“ für die Entscheidung der verbündeten Regierungen besitzen, so lag schon darin ein Zugeständnis, das den weiteren Verhandlungen alle Schärfe zu nehmen geeignet war.

Von den Parteien des Hauses kamen gestern nur die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, das Zentrum, die alleräußerste Linke, die Polen, die Nationalliberalen und die Reichspartei zu Worte. Die äußerste Rechte, deren Standpunkt ja ohnehin zur Genüge bekannt ist, wird erst heute Gelegenheit haben, ihn zu vertreten. Soviel steht jetzt schon fest, daß alle die vorliegenden Anträge einer Kommission, der Geschäftsordnungs-Kommission, werden überwiesen werden. Und zwar diejenigen Anträge (der Freisinnigen), die auf Vereinbarung rechtlicher Vorschriften über wirkliche Gewährleistung der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers abzielen, mit der Ausnahme, daß tatsächlich irgend etwas zu stande kommen wird. Freilich ist es, bei der Stellungnahme des Zentrums, nicht ausgeschlossen, sondern fast wahrscheinlich, daß man sich schließlich doch nur auf eine sich in demselben Gedankengange bewegende „Resolution“, d. h. auf eine Aufforderung an die verbündeten Regierungen, ihrerseits zu einem einschlägigen Gesetzesvorschlage die Initiative zu ergreifen, einigen wird. Für die weitergehenden Anträge der äußersten Linken, betreffend Mitwirkung des Reichstages einesseits an Ernennung bzw. Entlassung des höchsten Beamten des Reichs, sowie betreffend Mitwirkung des Reichstages auch an Entscheidungen über Krieg und Frieden ist freilich selbst auf die allerbestehende Mehrheit im Hause nicht zu rechnen. Das haben die geistreichen Debatten deutlich erkennen lassen.

In Betracht kommen außerdem noch die sowohl von den Linksliberalen wie von den Sozialdemokraten gemachten Vorschläge wegen Ermöglichung von Beschlußfassungen im Anschluß an Interpellationen. Es würde dazu im übrigen nur einer Änderung der Geschäftsordnung bedürftig, hinsichtlich deren der Reichstag selbstverständlich souverän ist. Es ist schwer ersichtlich, weshalb er nicht von diesem seinem Selbstbestimmungsrechte Gebrauch machen sollte, denn daß die Interpellationen ausfallen wie das Hornberger Schießen, weil an sie Anträge bislang nicht geknüpft werden dürfen, ist schon oft genug als Mißstand empfunden worden. Wenn gegen eine derartige Revision der Geschäftsordnung gestern von dem Sprecher der Reichspartei Bedenken rein formaler Natur erhoben wurden, so kann man nur wünschen, daß sie bei den demnächstigen Verhandlungen in der Kommission ihre Widerlegung finden werden. Noch eine weitere materielle Reform, die Gegenstand eines Antrages der äußersten Linken war, schien dagegen wenigstens eine platonische Gegenliebe auch bei dem Gros der anderen Parteien zu finden. Der Vorschlag nämlich, irgendwem (am besten auf die Weise, daß dafür ein Drittel der Mitglieder des Reichstages seine Unterschriften bergibt) eine schleunige Einberufung des Reichstages zu erzwingen, falls Umstände der inneren oder äußeren Lage das als ratsam erscheinen lassen. Daß eine solche schleunige Einberufung der Volksvertretung wirklich unter Umständen notwendig erscheinen kann, wurde, was immerhin Beachtung verdient, sogar auch von dem sich sonst gegen jegliche Verfassungsänderung sehr ablehnend äussernden Vertreter der Reichspartei offen zugegeben, wenn er auch die für den sozialdemokratischen Antrag gewählte Form beanstandete.

Heute nehmen, wie gesagt, die Verhandlungen ihren Fortgang. Und wenn sich nicht einmal wieder die Redensart bewahrheiten sollte: es kommt immer ganz anders wird wohl auch der heutige Tag einen im ganzen ruhigen Verlauf nehmen.

Telegramme.

Stuttgart, 2. Dezember. (G. T. C.) Die Kammern sind auf Donnerstag, den 10. Dezember, einberufen.

Brüssel, 2. Dezember. (G. T. C.) In der heutigen Schlußtagung des Plenums der Internationalen Ausstellungskonferenz wurden die Ergebnisse der Sektionsberatungen zur Vorlage gebracht und überall einstimmige Beschlüsse gefaßt. Diese betrafen vornehmlich: Organisation der Jury, Regelung des Medaillenwesens, Einschränkung zu verleiher Auszeichnungen, Bestimmungen über den Verkauf ausgestellter Gegenstände, eisenbahnrechtliche und zolltechnische Behandlung von Ausstellungsgütern, Schutz des gewerblichen, künstlerischen und literarischen Eigentums, Festlegung von Zeitintervallen für Weltausstellungen, Bekämpfung des Ausstellungsgeldes und Medaillenwesens. Ferner wurden für einzelne Gebiete besondere Kommissionen eingesetzt zur Verwirklichung an die Dritte Internationale Konferenz in Berlin 1910.

London, 2. Dezember. (G. T. C.) Bei der Nachwahl zum Unterhause in Mittel-Essex wurde an Stelle von C. Nash (Unionist) mit 6152 Stimmen Pethman (Unionist) gegen Deane (Liberal) gewählt, der 3587 Stimmen erhielt. Die Majorität C. Nash's, der sein Mandat niedergelegt hatte, hatte 454 Stimmen betragen.

Wien, 2. Dezember. (G. T. C.) Deputiertenkammer. In der heutigen Sitzung wurde die Diskussion über den Antrag Rutinato fortgesetzt. Gatti gab der Meinung Ausdruck, daß internationale politische Vorträge nicht unerlässlich seien. Er sprach dann über die Nachteile, die der Berliner Vertrag für Italien im Gefolge gehabt habe. Die kürzlich erfolgte Verletzung dieses Vertrages habe den bisherigen Stand der Dinge geändert. Redner schloß weiter die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, betonte, daß die Gefahr eines Vorstoßes Oesterreich-Ungarns nach Saloniki ausgeschlossen sei, und empfahl, die Annexion Kroas durch Griechenland zu begünstigen. Er forderte die Kammer auf, die Regierung zu unterstützen, bemerkte dann, die von Oesterreich-Ungarn für die Annexion von Bosnien und der Herzegovina angebotenen Kompensationen seien wertlos, und beschloß sich weiter des längeren mit dem Dreibund. Er erklärte, es sei Pflicht Italiens, in dem Bunde zu verbleiben, bis der Vertrag abgelaufen sei. Später könne man ihn unter neuen Bedingungen erneuern oder sich Rußland, Frankreich und England nähern. Einzuweichen müsse man dafür sorgen, die Grenze und die Arme zu stärken, damit Italien Herr seines Schicksals sei.

Nach Gatti nahm Vaccelli das Wort, der sich für die Politik Tittonis aussprach und die gegenwärtige Lage Italiens für besser erklärte als sie es nach dem Berliner Kongreß gewesen. Die Politik Italiens müsse die Interessen des Landes schützen und sie gleichzeitig mit dem obersten Interesse des Friedens in Einklang bringen. (Beifall.) Sonnino schloß aus, er habe in der Vergangenheit die Politik Tittonis bei verschiedenen Gelegenheiten unterstützt und zwar auf der Grundlage der Erklärungen Tittonis über die guten Beziehungen Italiens zu den übrigen Mächten und über das vollkommenste Einvernehmen über die Balkanfrage, das den Frieden des Landes in Ehren zu sichern schien. Auf die Unterredungen auf dem Semmering und in Desio sei indessen die überraschende Ankündigung des Baues der Eisenbahn Waco-Mitrovica gefolgt und über die Unterredung in Salzburg die überraschende und sensationelle Meldung von der Annexion von Bosnien und der Herzegovina, die die Bestimmungen des Berliner Vertrages offen und unzweideutig verlege. Sonnino erklärte ferner, daß die von Oesterreich-Ungarn infolge der Annexion gegebenen Kompensationen vom italienischen Standpunkt aus betrachtet nur scheinbare seien. Ferner sagte er